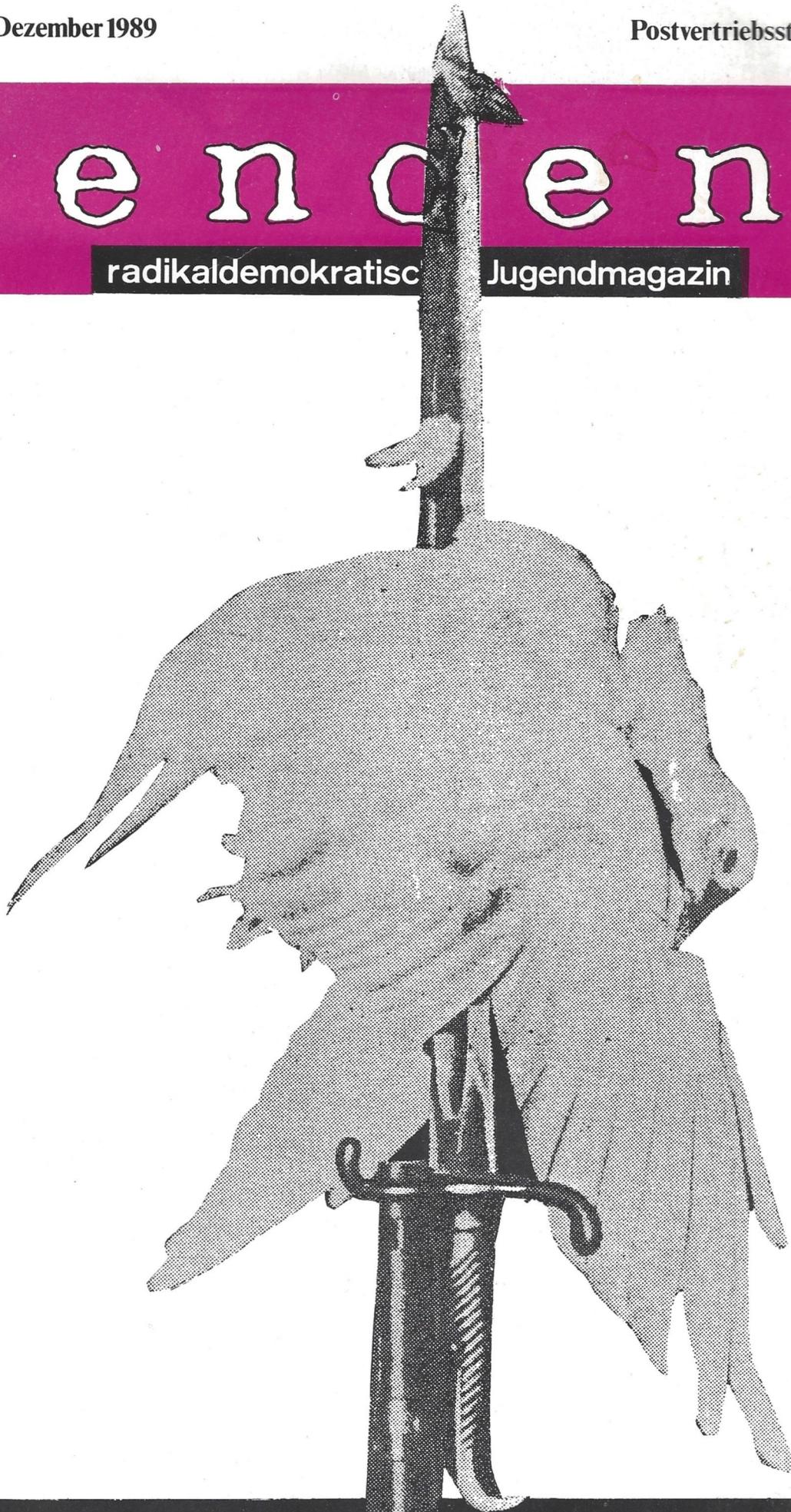


t e n o e n z

radikaldemokratisches Jugendmagazin



Niemals wieder!

FARBE BEKENNEN! DEN WAHLKAMPF DER SANDINISTEN

IN NICARAGUA UNTERSTÜTZEN

Am 25. Februar 1990 werden in Nicaragua **Präsidenten- und Parlamentswahlen** stattfinden. Die in der U.N.O. (Union Nacional Opositora) zusammengeschlossenen Rechtsparteien werden für diese Wahlen jede nur erdenkliche Unterstützung der finanzkräftigen "Demokraten" aus **Washington, Miami und Bonn** erhalten. Die FSLN braucht deshalb die Unterstützung und materielle Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung für ihren Wahlkampf gegen Rechts.

Das Ende der 40-jährigen Diktatur Somozas war der Anfang eines revolutionären Prozesses in Nicaragua, den die Bevölkerung mit Tausenden von Toten in den letzten Jahren gegen die Contra verteidigt hat. Eine **ruinierte Wirtschaft** und internationaler Boykott sind der Preis für Nicaraguas Versuch, sich von **imperialistischer Ausbeutung** und **Unerbückung** zu befreien, und sich dem US-Einfluß zu entziehen.

Es ist der **sandinistischen Revolution** gelungen, eine Agrarreform und eine Alphabetisierungskampagne durchzuführen, ein Erziehungs- und Gesundheitswesen für die Armen aufzubauen, die Bevölkerung für ihre eigenen Interessen zu organisieren und Formen direkter Demokratie zu entwickeln. Nachdem die US-Strategie, die sandinistische Revolution durch den **Contra-Krieg**

zu zerstören, gescheitert ist, versucht die Regierung der Vereinigten Staaten nun, ihrem Ziel auf politischem Wege näher zu kommen. Mit dem Aufbau des Parteienbündnisses U.N.O. ist es den USA gelungen, die Contra in ein nationales Oppositionsbündnis zu integrieren. Mit offenen und verdeckten Aktionen arbeiten die USA nun an der **legalen Machtübernahme der Contra** bei den Wahlen.

Am 29.6.89 ermächtigte der US-Kongreß den CIA, verdeckte Aktionen während des Wahlkampfes durchzuführen und verabschiedete 3,5 Mio US-Dollar zur Unterstützung der rechten Oppositionsparteien. Das CIA-nahe National Endowment for Democracy kanalisiert diese Gelder, baut damit

verdeckte und offene Parallelstrukturen zum Obersten Wahlrat auf und führt den Wahlkampf der Rechten.

Die **Bundesregierung** boykottiert die sandinistische Revolution seit langem. Bereits die sozial-liberale Koalition stellte 1982 die **Entwicklungshilfe** ein, die Wende-Regierung für sie endgültig ein.

Während sie in klarer Übereinstimmung mit den USA immer neue Beweise der "Demokratisierung" von den Sandinisten verlangt, folgt sie erneut der US-Strategie. Die parteinahen Stiftungen der Regierungskoalition sponsern über "entwicklungspolitische Vorhaben" mit Geldern der Bundesregierungen das politische Umfeld des Rechtsbündnisses U.N.O.. Die CDU-nahe **Adenauer-Stiftung** transferiert seit Jahren Gelder an die "Innere Front" der Contra, wie den Unternehmerverband COSEP und dessen Mitgliedsorganisationen, parteinahe Institute der Christdemokraten, die gelbe Gewerkschaft CTN, den Contra-Freund Obando y Bravo und dessen Infrastruktur sowie die Menschenrechtsorganisation der Opposition CPDH. Ein Großteil der **Günstlinge der CDU** gehörten zum derzeitigen Unterstützernetz der U.N.O., über die die US-Regierung und ihr nahestehende Einrichtungen die verdeckte Wahlhilfe an den Rechtsblock kanalisieren.

F A R B E
B E K E N N E N



S P E N D E T
F Ü R D I E
F S L N

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Sonderkonto FSLN 962 001,
Stadtparkasse Wuppertal,
BLZ 330 500 00 (Spendenquittung nicht möglich)

Die Wahl zwischen der FSLN und dem Rechtsbündnis U.N.O. ist die Wahl zwischen Revolution und Konterrevolution.

Adelante e. V. • Alternative Liste West-Berlin • Arbeitskreis Nicaragua Bremer Gewerkschafter • ASTA FU West-Berlin • ASTA TU West-Berlin • Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Frankfurt • ATEs, Bremen • Autorenkollektiv Coco Piranhas, West-Berlin • Bundesarbeitsausschuß der SDAJ • Bundesvorstand Die Grünen • Bremer Nicaragua Bündnis • Christliche Initiative Romero, Münster •

Der andere Buchladen, Köln • DKP, Parteivorstand • Dritte Welt – AIB, Marburg • Freunde Martin Niemölers – Hospital Granada e.V., West-Berlin • Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal • Informationsstelle Lateinamerika, Bonn • Lateinamerika-Nachrichten/FDCL, West-Berlin • Mittelamerika Komitee, Münster • Nicaragua Hilfe Bonn • Nicaragua Komitee West-Berlin • Nicaragua Verein Hamburg • Nicaragua

Initiative der UNI Hamburg • Nicaragua Komitee Hamburg • Nicaragua Koordination Köln • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München • Puerto Morazan e.V., Oberhausen • Redaktion Barricada Internacional, Bonn • Verein Städtesolidarität Bremen-Corinto • VVN-Bund der Antifaschisten, Hamburg • Verein Monimbó, Dietzenbach • Nicaragua Arbeitskreis der DGB-Jugend Hessen

Veränderungen in der Redaktion (Thomas Hetzer ist vom Amt des Chefredakteurs zurückgetreten), die innerverbandlichen Wirren der Jungdemokraten (3 Bundesvorsitzende in einem Jahr), das teilweise gespannte Verhältnis der einen oder des anderen zum Verbandsorgan, die Diskussion über ein neues tendenz-Konzept oder das Einstellen der Zeitung - all das hat seinen Teil dazu beigetragen, daß es mit tendenz diesmal etwas länger gedauert hat. Gedankt sei an dieser Stelle Thomas Hetzer. Sein Rücktritt ist ein schwerer Verlust, doch wir trösten uns damit, daß er tendenz zumindest als Autor erhalten bleiben wird. Wie es 1990 mit tendenz weitergehen wird, ist noch nicht entschieden, auf jeden Fall wünschen wir erstmal eine (hoffentlich) interessante Lektüre dieser Ausgabe.

Wollte man alle wichtigen Ereignisse seit dem Erscheinen der letzten tendenz im vergangenen März in dieser tendenz aufgreifen, müßte man wohl die Ausgabe als Buch herausbringen: das Massaker in China; Honecker, Schiwkoff, Jakes und auch der Verbrecher Ceausescu gestürzt; Alexander Dubcek Parlaments-, Václav Havel Staatspräsident in der CSSR; Rudi Bahro spricht auf einem SED-Parteitag und Wolf Biermann tritt in Leipzig auf - das Modell eines "Kasernenhofsozialismus" ist endgültig gescheitert. Nicht vergessen darf man den Überfall der USA in Panama, auch wenn er Kontinuität aufzeigt: Bombardierung von Tripolis, Einfall in Grenada u.a. der USA unter Reagan und jetzt unter Bush Panama - es gehört wohl zum Ambiente eines amerikanischen Präsidenten andere Länder zu bedrohen, zu terrorisieren oder zu überfallen ... Für uns bleibt antiimperialistische Solidaritätsarbeit weiter Notwendigkeit.

Lange konnte nicht mehr so ausgelassen deutschgetümmelt werden wie in diesen Tagen. Dabei hat Hermann L. Gremliza, KONKRET-Herausgeber, recht: "Was denn hätte die Geschichte lehren können, wenn nicht dies: daß man besser in Deckung geht, wenn Deutsche Deutsche wg. erwiesenen Deutschseins umarmen." Wir werden jedenfalls auch weiterhin gegen Einheitsgedusel und deutsches Großmachtsstreben eintreten.

In diesem Sinne ein kämpferisches 1990

Die Redaktion

Inhalt

LESERBRIEFE 4

TITEL

Ein Menschenrecht:
Kriegsdienstverweigerung 5

Charlie Chaplin:
Rede gegen Intoleranz 8

DEBATTE

Jungdemokraten - partei-
unabhängig und GRÜNnah? 9

Anmerkungen zur
GRÜNEN Jugendpolitik 11

GESCHICHTLICHES

70 Jahre Jungdemokraten 12

INTERVIEW

DDR in Bewegung 14

BUCHTIP

Gorbilogie statt Gorbimanie 18

Keine rosige Zukunft:
Jugendliche in Polen 18

DIT & DAT 20

Schwule in der BRD 21

AIDS? Alles (un)klar! 22

Roma und Sinti:
Das falsche Wort 25

StudentInnenbewegung:
Türen öffnen! 27

MSB - Thesen (Dokument.) 28

Aufruf zu Perspektivkon-
greß 30

BÜCHER

200 Jahre französische
Revolution 31

TENDENZ ist die Zeitschrift der Jungdemokraten und der Radikaldemokratischen Studentengruppen.

Herausgeber sind der Bundesverband und die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz der Jungdemokraten sowie die Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG).

TENDENZ ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Junge Presse Nordrhein-Westfalen (AGJPNW).

Redaktion dieser Ausgabe: Marion Mück-Raab (V.i.S.d.P.), Pascal Beucker.

Verlags- und Redaktionsanschrift: Deutsche Jungdemokraten, Bundesverband, Liberaler Jugendver-

band e.V., Reuterstraße 44, 5300 Bonn, Tel.: (0228) 21 09 52.

Es gilt die Anzeigenpreisliste von August 1989.

Druck: Druckladen Bonn.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum

Zum Leserbrief von Heinz Mutter in Tendenz 1/89 und Sebastian Engelbrecht

Ideologische Leitsätze aus dem Konfirmandenunterricht nachzukäuen, bedeutet keineswegs, "richtig" informiert zu sein:

Die sich seit 1800 Jahren selbst diffamierende Kirche wurde nicht von IHM gegründet; ER ist auch nicht Gründer des Christentums, sondern Propaganda-Paul(us). Überdies sind 99 Prozent der Dogmen ebenso nicht auf IHN/SIE oder eine(n) von den DREIEN zurückzuführen. Als "betroffener" alter DPSGler und Ministrant möchte ich Dir als Einstiegslektüre die Werke des Theologen und Kirchenkritikers Karlheinz Deschner an den Kopf legen.

Die beschworene Toleranz gegenüber Glaubensüberzeugungen gilt bei den maßgeblichen Gläubigen seit eh und je nur den Linientreuen. Der einstige Dekan der katholischen Fakultät der Universität Wien beispielsweise, Hubertus Mynarek, wurde ganz locker nach 15 Prozessen um seine Professur und sein Haus gebracht. "Misereor" oder "Brot für die Welt" sind nicht DIE KIRCHE! Lüge und Schwachsinn der ALLEIN-VERKÜNDENDEN muß angreifbar sein, wenn Menschen durch die "Wahrheit" (§ 218 zum Beispiel) in Leid und, schlimmer noch, in den Tod getrieben werden. Es ist eine Sache, Aktionär von DOW CHEMICALS zu sein, eine andere, hinterfotzig gegen Empfangnisverhütung zu hetzen oder Napalm-Einsätze segnen zu lassen (DOW CHEMICALS ist Napalm-Lieferant). Wer unangenehme Tatsachen ausklammern möchte, unterscheidet sich DE FACTO in nichts von den Stammtischpolitikern, die ab und zu schwafeln: "...aber die Arbeitslosen hat er von der Straße gebracht, ... da konnten Frauen nachts noch spazieren gehen etc."

Die Kirche war noch nie freiwillig tolerant. Selbst Neugeborene werden durch die nicht-christliche Taufe Zwangsmit-

91911d1929 / Leserbriefe
91911d1929 / Leserbriefe
91911d1929 / Leserbriefe
91911d1929 / Leserbriefe

glied einer konfessionellen Gemeinschaft mit allen rechtlichen Konsequenzen: Macht der Säugling eine Erbschaft, wird er sofort kirchensteuerpflichtig! Hier beginnt die "Bevormundung", Herr Engelbrecht. Der Mensch wird verpflichtet zu glauben, bevor er zu denken anfängt, und dann muß er nachbeten, was die Kirche lehrt! Ich meine, Liberalität ist erst gegeben, wenn keine konfessionelle Mitgliedschaft vor der Volljährigkeit erzwungen wird. Bislang jedoch sind Mafia und Ku-Klux-Klan liberaler!

Mit aufgeklärten Grüßen
Peter Jung, Stuttgart

zu den Briefen an Tendenz 1/89, S. 5

Es ist ja rührend zu lesen, wie eifrige Theologen ausgerechnet bei den Jungdemokraten eine zu missionierende Zielgruppe entdeckt haben. Als angejahrter Judo (Beitritt 1972) konnte ich allerdings feststellen, daß die Jungdemokraten niemals Kirche und Religion gleichgesetzt haben, wie dies die leserbriefschreibenden Herren Nachwuchspastoren unterstellen. Nach Auffassung jedes rational denkenden Menschen ist die Frage, ob ein Gott existiert, von vornherein müßig, weil seine Existenz weder beweisbar noch widerlegbar ist, sondern als Hypothese offenbleibt. Daher sind Gottgläubige zu respektieren, jedoch dürfen diese nicht so tun, als seien sie im Besitz einer Wahrheit.

Eben letzteres ist aber eine notwendige, wenn auch noch nicht hinreichende Bedingung für den (rational nachvollziehbaren) Verbleib in der Organisation Kirche. Mindestvoraussetzung sind daneben der Glaube an

einen personalen Gott (und nicht nur eine abstrakte höhere Kraft), an Jesus als Sohn dieses Gottes (und nicht nur als mehr oder minder bedeutenden Menschen), an ein Leben nach dem Tode und schließlich der Glaube an eine "göttliche Inspiration" bestimmter Schriften, die im sog. "Neuen Testament" zusammengefaßt sind. Wer an all das nicht oder nur zum Teil glaubt, ist schon deshalb in der Kirche fehl am Platze, weil er deren "Vereinssatzung" nicht erfüllt. Eine Übereinstimmung mit emanzipatorischen Forderungen von linkschristlichen Gruppen ist noch lange kein Grund zum Kirchenverbleib. Das gleiche kann man auch außerhalb der Kirche fordern und vertreten - mit einem Unterschied: Dort kann man auch die Ablehnung der immensen materiellen Privilegien der Kirchen in der BRD glaubhaft zum Ausdruck bringen.

Gerhard Rampp, Bund für Geistesfreiheit (bfg) Augsburg

noch 'n Leserbrief

Mir kamen fast die Tränen, als ich die Leserbriefe im letzten Tenden zu Gesicht bekam.

Da jammern doch die Christen in Reihe, wie schlecht sie von den JungdemokratInnen behandelt würden, und weisen auf ihre hervorragende Rolle in der Hilfe für andere hin. Was aber ist seit fast 2000 Jahren der Fall?

Das Christentum - entstanden aus einer "ketzerischen" Abspaltung des Judentums, welches wiederum entstanden war aus den Phantasien von Hirten in der arabischen Wüste (übrigens im Märchen- und Geschichtsbuch "Bibel" nachzulesen) - ist von Anfang an geprägt von Besserwisserei und

Fanatismus. Sobald die Christen irgendwo den Zipfel von Macht auf politischem oder/und ökonomischen Gebiet erspäht haben bzw. hatten, klammerten sie sich dran und begannen, alle Andersdenkenden zu bekämpfen, zu verfolgen, auszurotten. Dies begann schon bei Herodes und endete bis heute unter Paul dem xten, den Orthodoxen, den Reformierten, den Unierten usw. nicht.

Die christlichen Kirchen stehen noch immer für Intoleranz und Bigotterie (allerdings nicht nur sie alleine, sondern - zumindest - auch alle anderen monotheistischen Religionen). Sie wollen ihre durch "Erscheinungen" und alte Männer mit ihren verklemmten Phantasien zusammengetragenen Werke, wo immer sie's können, allen anderen Menschen aufschwätzen oder aufzwingen. Sie versuchen, ihre Denk- und Verhaltensweisen derart ins Innere der Menschen zu plazieren, daß diese glauben, es sei aus ihnen selbst erwachsen oder "natürlich"; dies ist dann das Opium des Volkes, das den Kampf um das menschliche Glück auf dieser Erde in ein angeblich vorhandenes Jenseits verdrängt.

Die JungdemokratInnen tun gut daran, wenn sie immer wieder gegen derartige Ideologien angehen, wenn sie Menschen zu eigenem Denken und Forschen anregen.

Die JungdemokratInnen sind auf dem richtigen politischen Weg, wenn sie erkannt haben, daß ein Mensch in einer hoffentlich Spaß machenden Vögelei zwischen 'nem Mann und 'ner Frau entsteht und nach einem hoffentlich glücklichen Leben irgendwann wieder zu Staub im Rahmen der anderen Materie vergammelt. Alle religiös-ideologischen Gespinste drumherum wollen nur bestehende Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten festigen oder neue Gruppen und Männer zur Macht bringen. Und wer sich dagegen nicht wehrt, lebt verkehrt!

*Dietmar W. Alt, Heidelberg
Handschreiben*

Kriegsdienstverweigerung

Ein Menschenrecht

Die Verweigerung des Kriegsdienstes ist so alt wie der Zwang zum Kriegsdienst. Wann immer ein Mensch dazu gezwungen wird, sein Leben für fremde Interessen zu riskieren, ist die älteste, natürlichste und vernünftigste Reaktion die Flucht vor diesem Zwang, die Desertion.

Nun ist zwar jeder Deserteur ein Kriegsdienstverweigerer, die Gründe für seine Verweigerung können allerdings sehr vielfältig sein. Er lehnt nicht notwendigerweise den Kriegsdienstzwang oder den Krieg oder ein konkretes militärisches Unternehmen ab und muß noch nicht einmal glauben, sein Schritt sei grundsätzlich für sich oder andere gerechtfertigt.

Etwas weitergehendes ist es, wenn Menschen den Kriegsdienst generell oder situationsbedingt verwerfen und diese Haltung propagieren und praktizieren.

Christliche Kriegsdienstverweigerer

Die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung aus weltanschaulicher Überzeugung setzt mit der Ausbreitung des Christentums im Römischen Reich ein. Frühe Christen mieden den Militärdienst, weil sie sich dem obligatorischen Kaiserkult nicht anpassen oder keine Gewalt anwenden wollten. Sobald das Christentum Staatsreligion geworden war, konnten mit dem Konzept des "gerechten Krieges" christliche Vorbehalte gegen Gewalt und der Kriegsdienst miteinander vereinbart werden. Im Mittelalter schuf die Feudalisierung einen abgeschlossenen elitären Kriegerstand, so daß sich mangels Zwang zum Kriegsdienst die Verweigerung erübrigte. Die Kirche fand einen bequemen Weg, die Gewaltlosigkeitsvorschriften ihrer Religion mit ihrem Herrschaftsinteresse zu versöhnen. Den Priestern wird - auch heute noch - das Privileg gegönnt, vom

Kriegsdienst befreit zu sein, das niedere Volk, ob gläubig oder ungläubig, wird mit priesterlichem Segen zwangsweise in die Kasernen und auf die Schlachtfelder geschickt (oder - in einer modernen Variante - in einer kirchlichen Zivilgesellschaft ausgebeutet).

In einigen mittelalterlichen Sekten lebte der Gedanke der Kriegsdienstverweigerung weiter. In der Neuzeit ging bis ins 20. Jahrhundert hinein der dauerhafteste und zahlenmäßig bedeutsamste Widerstand gegen den Kriegsdienstzwang von nonkonformistischen christlichen Gruppierungen aus, wie den Mennoniten, Hutterern und Quäkern im protestantischen Bereich und den Duhoborcy (Duchoborzen) und den Tolstojanern in Rußland. Im Ersten Weltkrieg stellten Adventisten einen hohen Anteil der Verweigerer in deutschen Gefängnissen, und heute werden Zeugen Jehovas in einer Reihe von Ländern, zum Beispiel Italien und Griechenland, zu Hunderten inhaftiert.

Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht

Die Verweigerung des Militärdienstes blieb bei den christlichen Sekten eng auf die eigene Glaubensgemeinschaft begrenzt. Ein allgemeines Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ungeachtet der religiösen Überzeugung forderten sie nicht, so daß zum Beispiel die Mennoniten dort, wo sie nicht vertrieben wurden, das Privileg der Befreiung vom Kriegsdienst aushandeln konnten und die staatliche Ordnung nicht in Frage stellten.

Zentraler Punkt des christlichen Vorbehalts gegenüber Kriegsdienst ist das Tötungsverbot, wonach Christen erklären, mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren zu können, andere zu töten, und eher selbst Unterdrückung und Tod zu erleiden, als ihrem Gewissen zuwiderzuhandeln. Elementar für diese vordergründig altruistische Argumentation, die sich im Kern auch heute westdeutsche Kriegsdienstverweigerer zu eigen machen müssen, um von den



Gewissensprüfern anerkannt zu werden, ist die Betonung des Tötens anderer.

Der Kriegsdienstzwang beinhaltet, das Recht des Staates, über das Leben seiner Untertanen zu bestimmen, denn Soldaten töten nicht nur, sie werden auch getötet. Ihr Recht aufs eigene Leben, ohne das alle anderen Rechte hinfällig sind, wird damit beseitigt. Aber daß ein Mensch aus Interesse an seinem eigenen Überleben und seiner Freiheit sich dem Kriegsdienstzwang widersetzt, gilt bis heute als irrelevant und illegitim. Kein Wunder, denn noch immer wird gepredigt, daß einzelne sich auch abstrakten Werten wie Staat, Religion und Ideologie, hinter denen sich immer ein Herrschaftsinteresse verbirgt, unterordnen und für sie aufopfern sollen.

Die Levellers

Die im Englischen Bürgerkrieg 1642 - 1648 entstandene frühliberale Bewegung der Levellers bemühte sich, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verfassungsmäßig gegen den Staat abzusichern. Sie wollten dem Parlament die Macht nehmen, "irgendeinen Menschen zu pressen und zu zwingen, in Kriegen zu dienen, wobei es nichts gibt, was der Freiheit mehr entgegengesetzt ist¹. Artikel 11 ihres Verfassungsentwurfs An Agreement of the Free People of England vom 1. Mai 1649 sah vor, daß der Staat niemanden zu Kriegsdienst zu Wasser oder zu Land zwingen dürfe, das Gewissen jedes einzelnen sollte "über die Gerechtigkeit der Sache, für die er sein eigenes Leben riskiert oder andere zerstören könnte"² entscheiden. Einige Levellers wandten sich auch gegen den kolonialen Unterwerfungskrieg Oliver Cromwells gegen Irland, nicht wegen der mit Krieg verbundenen Gewalt, sondern weil Freiheit und Selbstbestimmung der Iren verletzt würden.

Die Quäker, in derselben politisch-religiösen Subkultur wie die Levellers entstanden, bewahrten auch nach dem Ende der Englischen Revolution die Idee der Verweigerung des Kriegsdienstes. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts standen die Quäker am Beginn der heutigen Kriegsdienstverweigerungsbewegung.

Die totalitäre Demokratie

Die Französische Revolution erwies

sicht trotz ihrer Erklärung der Menschenrechte bezüglich des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung als verheerender Rückschlag. Das revolutionäre Frankreich beschloß 1792 als erster Staat, die Kriegsdienstpflicht in der modernen Form einzuführen. Ausschlaggebende Leitidee wurde mitnichten Schutz des Individuums gegenüber dem Staat, sondern die totale Vereinahmung durch den Staat. Waren Kriege zuvor primär Angelegenheit der Fürsten, ihrer aus logistischen und finanziellen Gründen zahlenmäßig begrenzten Heere und ihrer Opfer, erklärte der im Hinblick auf den Kriegsdienstzwang totale Machtstaat im Zeichen des Nationalismus jeden Mann nicht nur zum Bürger, sondern gleichzeitig zum Soldaten. Obwohl noch unter Napoleon zehntausende eines Jahrgangs desertierten, bewährte sich Frankreichs neues Kriegsführungsinstrument so sehr, daß innerhalb weniger Jahre die Staaten Kontinentaleuropas gleichfalls dazu übergingen, regelmäßig das nachwachsende Menschenfleisch als preiswertes Kanonenfutter zu ernten. Die Kriegsdienstpflicht und die nationalistische und militaristische Indoktrination der Massen stützten sich gegenseitig. Die Heere wurden gewaltig aufgebläht, die Kriege totaler. Der verlogene Ausdruck "Wehrpflicht" ist übrigens eine deutsche Besonderheit. Im Englischen blieb es bei conscription (von lat. conscribere = zusammenschreiben, ein Hinweis auf das zur Kriegsplanung erforderliche Erfassungs- und Volkszählungswesen), im Niederländischen heißt es schlicht dienstplicht, im Russischen offen vôinskaja objázannost, also Kriegspflicht.

Die Friedensgesellschaften

Im 19. Jahrhundert entstanden zunächst in Großbritannien und den USA unter maßgeblicher Beteiligung von Quäkern Friedensgesellschaften. Die 1838 ins Leben gerufene New England Non-Resistance Society bekannte sich zur Gewaltlosigkeit und zur Verweigerung von Kriegsdienst und Kriegssteuern. In den angelsächsischen Ländern, wo sich der Kriegsdienstzwang nicht permanent durchsetzen

konnte, war diesbezüglich die Sensibilität am größten, während die führenden kontinentaleuropäischen Pazifisten, namentlich die 1892 gegründete Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), erzwungene Vaterlandsverteidigung bejahten und sich Frieden von einer internationalen Rechts- und Interessengemeinschaft der Staaten, von Schiedsgerichtsbarkeit und Rüstungsbeschränkung erhofften; der DFG-Mitgründer Alfred H. Fried verurteilte Kriegsdienstverweigerung sogar als "das furchtbare Verbrechen des Vaterlandsverrates"³.

Die Arbeiterbewegung

Die marxistische Arbeiterbewegung, sowohl die Gründerväter als auch Sozialdemokraten und Leninisten, wollte Militär und Zwangskriegsdienst für ihre Zwecke einsetzen, bestenfalls reformieren, keineswegs etwa abschaffen. Die SPD befürwortete Volksbewaffnung und Wehrpflicht und schätzte sowohl militärische Disziplin als auch Parteidisziplin und Fabrikdisziplin. Vorschläge, den Beginn eines Krieges mit Generalstreik und damit massenhafter Kriegsdienstverweigerung zu beantworten, stießen am Vorabend des Ersten Weltkriegs bei der SPD auf energische Ablehnung. Im Gegensatz dazu propagierten besonders niederländische Anarchosyndikalist, deren Freiheitsvorstellungen die militärische Zwangsarbeit an sich widersprach, Kriegsdienstverweigerung zusammen mit Boykott, Arbeitsverweigerung, Sabotage und Ungehorsam als revolutionäres und gewaltfreies Kampfmittel gegen Krieg, Staat und Kapitalismus.

Der Erste Weltkrieg

Im Ersten Weltkrieg schlossen sich britische Verweigerer unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierung in der No Conscription Fellowship (NCF) zusammen. Ungefähr 16000 Männer verweigerten den Militärdienst; etwa 6000 Totalverweigerer, damals Absolutisten genannt, die auch Ersatzdienste ablehnten, wurden zu Gefängnis verurteilt, häufig auch mehrfach. Zehn von ihnen starben in der Haft, 59 unmittelbar nach der Entlassung, meist an Schwindsucht. In den USA verweigerten 60000, darunter 4000 Absolutisten, in anderen Staaten nur wenige. In Deutschland wurden die Kriegsdienstverweigerer in Gefängnisse gesteckt, für verrückt er-

klärt oder erschossen.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner

Nach dem Massenmorden des Ersten Weltkriegs gründeten Antimilitaristen 1921 eine internationale Dachorganisation, die seit 1923 den Namen War Resisters' International (WRI, Internationale der Kriegsdienstgegner) trägt. Die Grundsatzklärung der WRI lautet in ihrer heutigen Form: "Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."⁴

Die WRI befürwortet ausdrücklich die Kriegsdienstverweigerung als individuelle Selbstabrüstung.

Dem Beispiel Großbritanniens folgend, das auch zwischen den Weltkriegen Zentrum der organisierten Kriegsdienstverweigerung war, führten einige Länder wie die Niederlande, die skandinavischen Staaten und die Sowjetunion mehr oder weniger, beschränkte Möglichkeiten für Ersatzdienste ein.

Faschismus und Zweiter Weltmassenmord

In Deutschland, dem - leider nur vorübergehend - in weiser Voraussicht von den Siegermächten das Kriegsführungsinstrument Kriegsdienstpflicht genommen war, gewann der antimilitaristische oder radikale Pazifismus oder Jungpazifismus gegenüber dem verweigerungsfeindlichen Pazifismus an Boden, aber sowohl DFG als auch der Bund der Kriegsdienstgegner (BdK) konnten sich gegen den militaristisch-nationalistischen Wahnsinn nicht durchsetzen und wurden bald von den Nazis zerschlagen. Die deutsche Mordmaschinerie fiel kurz darauf über Österreich und die Tschechoslowakei her, und am 1. September begann sie das größte Gemetzel der Weltgeschichte. Trotz grausamster Unterdrückung verweigerten im Zweiten Weltkrieg mehrere Tausend Deutsche, darunter viele Zeugen Jehovas, den Dienstantritt und mehr als 100000 Menschen desertierten aus den deutschen Mörderbanden. Der Faschismus war für die Kriegsdienstverweigerungsbewegung ein doppelt schwerer Schlag.

Einerseits verherrlicht keine andere Ideologie so sehr Gewalt, Krieg, Verfolgung und Ermordung von Menschen und die Versklavung des einzelnen.

Nichts ist dem Faschismus so sehr entgegengesetzt wie Pazifismus und Kriegsdienstgegnerschaft; entsprechend konsequent war die Unterdrückung durch die Faschisten.

Andererseits bewog gerade die Gefahr des Faschismus etliche Pazifisten, sich vor allem unter dem Eindruck des Spanischen Bürgerkriegs schweren Herzens für den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus und für die Verteidigung von Demokratie oder Revolution in Spanien zu entscheiden.

Gernot Lennert

(1) *Petition vom 11.09.1648, in: Leveller Manifestoes of the Puritan Revolution. (Don M. Wolfe Hg.) New York u. a. 1944 S. 287, und in: Freedom in Arms. A Selection of Leveller Writings. (A. L. Morton Hg.) Ost-Berlin 1975 S. 190*

(2) *Freedom on Arms S. 271 f.*

(3) zitiert nach: Guido Grünewald: *Geschichte der Kriegsdienstverweigerung. Ein Beitrag zur Friedenspolitik. Essen 1979 (DFG-VK Extra 4) S. 5.*

(4) zitiert nach Friedlicht, dem Informationsblatt der DFG-VK Mainz. *Heutige westdeutsche Sektionen der WRI sind die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), die Graswurzelrevolution - Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) und die vorwiegend im Raum Hamburg aktive DFG-IDK. Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) ist assoziiertes Mitglied.*

KDV-Broschüre

Viel Wirbel gab es um die gemeinsame Erklärung der IG Metall und der DFG-VK zur Kriegsdienstverweigerung. Wer sich sachkundig machen möchte, was der konkrete Inhalt der Informationskampagne ist oder gar ein excellentes Material für die KDV-Beratung benötigt, sollte sich schnellstens den Ratgeber "Für eine andere Zukunft - Kriegsdienst verweigern" besorgen. 80 Seiten kosten 6 DM. Zu beziehen ist sie bei der IG Metall, Abt. Jugend, Wilhelm-Leuschner-Straße 75-85, 6000 Frankfurt/Main 1.

Widerstand
und Gesundheit
in Südafrika

Women's Health and Apartheid



The Health of Women and Children and the Future of Progressive Primary Health Care in Southern Africa

medico international

GESUNDHEIT UND WIDERSTAND IN SÜDAFRIKA

Das Standardwerk, das den inhaltlichen Zugang zur sozialen Realität im südlichen Afrika eröffnet.

Die vorliegende Dokumentation eines aktuellen Workshops der Gesundheitsarbeiter der Region macht vor allem eines deutlich:

Die Frauen sind die Hauptträger des Primary Health Care Concepts (PHC) - und auch die am meisten davon Begünstigten. Südafrika ist nicht nur Schwarz-Weiß, sondern dazwischen liegen: Mittel- und Unterschichten, Frauen und Männerkader, eine Vielfalt von realer Unterdrückung.

Daher redet die einzigartige Sammlung authentischer Praxisbeiträge auch umfassend von den gestaltenden »Subjekten«: Frauen.

Ihre Themen und Probleme bilden den Inhalt des Readers:

- **Gesunderhaltung und Ernährung der Familien**
- **Die Entscheidung des Krankheitsfalles**
- **Traditionelle oder europäische Biomedizin**
- **Die Ökonomie der schwarzen weiblichen Arbeitskraft u. v. a.**

Deutsche Einführung. Texte in englischer Sprache. 12,50 DM, 325 Seiten

Über den guten Buchhandel. Oder

medico international,
Obermainanlage 7,
6000 Frankfurt 1,
Tel. 069 / 4990041 / 2



Es tut mir leid, aber ich will kein Kaiser sein. Das ist nicht meine Sache. Ich möchte niemanden beherrschen und niemanden bezwingen. Es ist mein Wunsch, einem jeden zu helfen - wenn es möglich ist - sei er Jude oder Nichtjude, Weißer oder Schwarzer.

Wir alle haben den Wunsch, einander zu helfen. Das liegt in der Natur des Menschen. Wir wollen vom Glück des Nächsten leben - nicht von seinem Elend. Wir wollen nicht hassen und uns nicht gegenseitig verachten. In dieser Welt gibt es Raum für alle, und die gute Erde ist reich und vermag einem jeden von uns das Notwendige zu geben.

Wir könnten frei und anmutig durchs Leben gehen, doch wir haben den Weg verloren. Die Gier hat die Seelen der Menschen vergiftet - sie hat die Welt mit einer Mauer aus Haß umgeben - hat uns im Stehschritt in Elend und Blutvergießen marschieren lassen. Wir haben die Möglichkeit entwickelt, uns mit hoher Geschwindigkeit fortzubewegen, doch wir haben uns selbst eingesperrt. Die Maschinen, die uns im Überfluß geben sollten, haben uns in Not gebracht. Unser Wissen hat uns zynisch, die Schärfe unseres Verstandes hat uns kalt und lieblos gemacht. Wir denken zuviel und fühlen zuwenig. Dringender als der Technik bedürfen wir der Menschlichkeit. Güte und Sanftmut sind wichtiger für uns als Intelligenz. Mit dem Verlust dieser Eigenschaften wird das Leben immer gewalttätiger, und alles wird verloren sein.

Das Flugzeug und das Radio haben uns einander nähergebracht. Das innerste Wesen dieser Dinge ruft nach den guten Eigenschaften im Menschen - ruft nach weltweiter Brüderlichkeit - fordert uns auf, uns zu vereinigen. In diesem Augenblick erreicht meine Stimme Millionen von Menschen in der ganzen Welt - Millionen verzweifelter Männer, Frauen und kleiner Kinder -, die die Opfer sind eines Systems, das den Menschen dazu bringt, Unschuldige zu quälen und in Gefängnisse zu werfen. Denen, die mich hören können, rufe ich zu: "Verzweifelt nicht!" Das Elend, das über uns gekommen ist, ist nichts als Gier, die vorübergeht - die Bitterkeit von Menschen, die den Fortschritt der Menschen fürchten. Der Haß der Menschen wird aufhören, Diktatoren werden sterben, und die Macht, die sie dem Volk genommen haben,

Charlie Chaplin: Rede gegen Intoleranz

wird an das Volk zurückgegeben werden. Solange Menschen sterben, kann die Freiheit niemals untergehen.

Soldaten! Unterwerft euch nicht diesen Gewalttätern, die euch verachten und versklaven, die euer Leben in starre Regeln zwingen und euch befehlen, was ihr tun, was ihr denken und was ihr fühlen sollt! Sie drillen euch, sie pöbeln euch auf und behandeln euch



Charles Spencer Chaplin wäre 1989 100 Jahre alt. Er wurde am 16.4.1889 in London geboren und starb im Alter von 88 Jahren am 25.12.1977 in der Schweiz. In der Zwischenzeit drehte er er rund 85 Filme. Der hier dokumentierte Text stammt aus seinem 1938/40 gemachten Film "Der große Diktator".

wie das Vieh, um euch schließlich als Kanonenfutter zu verbrauchen. Unterwerft euch nicht diesen Unmenschlichen - Maschinenmenschen mit Maschinengehirnen, Maschinenherzen. Ihr seid keine Maschinen! Ihr seid Menschen! In euren Herzen lebt die Liebe zur Menschheit! Haßt nicht. Nur der Ungeliebte kann hassen - der Ungeliebte, der Pervertierte!

Soldaten! Kämpft nicht für die Sklaverei! Kämpft für die Freiheit! Im siebzehnten Kapitel des Lukas-Evangeliums steht geschrieben, das Reich Gottes sei im Menschen - nicht in einem Menschen oder in einer besonderen Gruppe von Menschen, sondern in allen! In Euch! Ihr, das Volk, habt die Macht - die Macht, Maschinen zu erschaffen. Die Macht, Glück hervorbringen! Ihr, das Volk, habt die Macht, das Leben frei und schön zu gestalten - aus diesem Leben ein wunderbares Abenteuer werden zu lassen. Laßt uns also - im Namen der Demokratie - diese Macht anwenden - vereinigt euch! Laßt uns kämpfen für eine neue Welt, für eine gesittete Welt, in der jedermann die Möglichkeit hat, zu arbeiten, die der Jugend eine Zukunft und die dem Alter Sicherheit zu geben vermag.

Die Gewalttäter sind zur Macht gekommen, weil sie euch diese Dinge versprochen haben. Doch sie lügen! Sie halten ihre Versprechen nicht. Sie werden das nie tun! Diktatoren befreien sich selbst, aber sie versklaven das Volk. Laßt uns nun dafür kämpfen, die Welt zu befreien - die nationalen Schranken niederzureißen - die Gier, den Haß und die Intoleranz beiseite zu werfen. Laßt uns kämpfen für eine Welt der Vernunft - eine Welt, in der Wissenschaft und Fortschritt zu unser aller Glück führen sollen.

Soldaten, im Namen der Demokratie, laßt uns zusammen stehen! Hannah, kannst du mich hören? Wo auch immer du bist, blicke nach oben. Blicke auf, Hannah!

Die Wolken zerstreuen sich! Die Sonne bricht durch! Wir kommen aus der Finsternis in das Licht! Wir kommen in eine neue Welt - in eine freundlichere Welt, wo die Menschen sich über ihre Gier, ihren Haß und ihre Gewalttätigkeit erheben. Blicke empor, Hannah! Die Seele des Menschen hat Flügel bekommen, und nun endlich beginnt er zu fliegen! Er fliegt in den Regenbogen, in das Licht der Hoffnung. Blicke empor, Hannah! Blicke empor!

JUNGDEMOKRATEN parteiunabhängig und GRÜNNah?

“Ich habe vor zehn Jahren als Jüngste angefangen und bin heute immer noch die Jüngste”, zitiert der SPIEGEL Verena Krieger und füllte so die Sommerlochseiten mit dem Dauerbrünner, der Partei DIE GRÜNEN gingen die Jugendlichen aus. Ich bin jünger als Verena, und ich kenne mehr als ein weiteres grünes Mitglied, das es auch ist, mag sein, daß es daran liegt, daß ich seit Juni Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten bin.

Und als jener habe ich ein paar Worte an die grüne Basis zu richten, und zwar in grünen Jugendangelegenheiten, oder ehrlicher: in eigener Sache.

DIE GRÜNEN haben ein Problem: die Jugend bzw. eben keine. Zu dessen Lösung bieten sich verschiedene Konzepte an.

Variante 1: Die Jugendlobby in der Partei

Die Einen versuchen, den wunden Punkt der Grünen, die “Marktlücke” Jugendpolitik, zu schließen, indem sie eine Art Lobbypolitik für Jugendliche in der Grünen Partei betreiben mit dem Ziel, Jugendlichen den Einzug in Vorstände und Parlamente zu ermöglichen. Ob als eng an die Grünen gebundener Jugendverband à la JU/Julis oder als Arbeitsgemeinschaft in der Partei, der originär grüne Jugendverband ist im Grunde eine stinknormale traditionelle Parteijugendorganisation, richtig realistisch ist es also.

Realistisch ist aber auch ihre abschbare Unattraktivität, den sie mit dem Nachwuchs anderer teilen wird. Die sind nämlich in der Krise, verlieren Mitglieder und jammern über die angebliche Entpolitisierung der Jugendlichen. Diese Organisatio-

nen kranken an ihrer Struktur und Arbeitsweise und bekommen den “Vertrauensverlust der Parteiendemokratie” hautnah zu spüren.

Die Jungen Grünen wurden den Ansprüchen an eine alternative Jugendstruktur

zwar keineswegs gerecht, stellten den GRÜNEN aber zumindest Wahlkampf an den Schulen und Zensurmöglichkeiten via Finanzen sicher. Eine solche Jugendorganisation ist nicht mehr als ein Transmissionsriemen für die Partei und läßt für Selbstorganisation von Jugendlichen wenig Raum.



Variante 2: Parteiunabhängig und grünnah

Weitaus weniger interessant als Karriere-sprungbrett sind da wir Jungdemokraten. Wir verstehen uns als parteiunabhängiger und radikal-demokratischer Jugendverband im grün-alternativen Spektrum. Die Krise der Jugendverbände hat uns bisher links liegen gelassen, wohl auch, weil die Schwelle, sich bei uns zu organisieren, niedriger ist, gerade weil wir politisch und organisatorisch selbständig sind.

Seit einigen Jahren arbeiten wir themen- und projektgebunden mit den GRÜNEN zusammen und betrachten sie als unseren Ansprechpartner im parlamentarischen Bereich. Wir würden uns freuen, wenn es von grüner Seite ein Pendant zu diesem Beschluß gäbe, in dem die Jungdemokraten als Ansprechpartner im Jugendbereich genannt wurden. Natürlich wissen wir, daß auch ein parteiunabhängiger Jugendverband, der sich auf DIE GRÜNEN bezieht, die Funktion erfüllt, potentielle Mitglieder in die Partei zu sozialisieren; sogar allemal besser als ein langweiliges, aber originär grünes Projekt es könnte.

Inzwischen hat an verschiedenen Orten das Gespenst eines grünen Nachwuchsverbandes Konturen angenommen. Mit diesen Gruppen stehen wir - auch wenn Zusammenarbeit möglich ist - objektiv in einer Konkurrenz-Situation: um Mitglieder desselben politischen Spektrums und um die "Gunst" derselben Partei, auch wenn sich die Konzepte unserer Arbeit und zum Teil unsere Inhalte deutlich unterscheiden.

GABA, d. h. der vor drei Jahren gestartete Versuch, mit geringem Organisationsgrad eine bundesweite Vernetzung von lokalen Gruppen im Grün-Alternativ-Bunt-Autonomen Spektrum herbeizuführen, hat sich als ein zum Scheitern verurteiltes Projekt erwiesen. Dies lag zum einen an der zwiespältigen Haltung der Jungdemokraten, die sich bei Beteiligung am GABA-Delegiertenrat plötzlich in ihre Kreisverbandsbestandteile zerlegt sahen und nie so recht warm damit wurden. Andererseits haben diejenigen, die sich von Anfang an in der Rolle des 1. Vorsitzenden des Grünen Jugendverbandes sahen, sich schnell wieder aus GABA zurückgezogen. Sie waren die beharrliche Auseinandersetzung mit alternativer Organisationsfähigkeit leid und gingen in

die (vorläufige) Diaspora Kieler und Berliner Provinzfürstentums. Von dort aus favorisieren sie jetzt eine "BAG Jugend", die "kleine Lösung", sprich: grüne Jusos minus innerverbandliche Demokratie.

Im Gegensatz dazu wollen wir nicht Teil der grünen Partei werden. Der Beschluß unserer Bundesdelegiertenkonferenz 1987, DIE GRÜNEN als "parlamentarischen Ansprechpartner" zu betrachten, hält inhaltliche Gemeinsamkeiten fest und definiert den druckempfindlichen Teil des parlamentarischen Systems, an den wir unsere Forderungen richten. "Parteiunabhängig" und "grünnah" sind keine widersprüchlichen Attribute für einen Verband, der sich als Selbstorganisation von Jugendlichen im grün-alternativen Spektrum versteht.

Auch Teil einer Strömung im grünen Gewässer sind wir nicht. Nichtsdestoweniger sind viele Jungdemokraten gleichzeitig grüne Parteimitglieder. Sie finden sich dort auf unterschiedlichen Flügeln wieder, zugegebenermaßen mehrheitlich auf der Parteilinken.

Daß sich in verschiedenen Organisatio-



radikaldemokratische und emanzipatorische Fortschritte steht (statt das zu modernisieren, was wir ablehnen), dann müssen wir eines zumindest nicht befürchten: daß sich die sachzwangvermittelten Diskussionen einer Regierungspartei in unsere Strukturen übertragen werden.

DIE GRÜNEN werden sich über kurz oder lang entscheiden müssen, auf wel-

Seminarankündigung

Perestrojka in Libyen?

Vor 20 Jahren wurde in Lybien der König gestürzt und die USA mußten ihren Militärstützpunkt aufgeben. Wir erfahren in den bürgerlichen Medien recht wenig über die Entwicklungen in diesem nordafrikanischen Land. In einem gemeinsamen Seminar wollen Jungdemokraten, RSG und Libyen-Komitee Bochum diese Lücke in der Allgemeinbildung schließen.

Wann? 16. - 18.3.90 Wo? Naturfreundehaus Köln-Kalk

Teilnahmebeitrag: Verdienende 30.- DM; Nichtverdienende 15.- . (Fahrtkostenerstattung, Unterkunft und Verpflegung sind im Betrag enthalten.)

Weitere Informationen, Anmeldung (bis Ende Februar) etc.:

Jo-Achim Biermanski, Untere Fulder Gasse 12, 6320 Alsfeld, Tel.: (06631) 14 39.

nen andere (bündnis-)strategische Fragen stellen, ist häufig schwierig zu vermitteln. Ein religiöses Verhältnis zu "rot-grün" haben wir nicht - so oder so. Wenn wir uns 1990 entscheiden müssen, ob ein rot-grünes Projekt unsere Unterstützung findet, weil es zumindest in Teilbereichen für

ches Ticket sie im Jugendbereich setzen werden. Es bleibt zu hoffen, - zu diesem Ergebnis komme ich egal von welcher Seite meiner Mitgliedschaften ich es betrachte - daß sie bequem Entscheidungen scheuen werden.

Markus Büchting

Anmerkungen zur GRÜNEN Jugendpolitik

I Was allgemeines zu Beginn

Niemand bei den GRÜNEN diskutiert gerne über grüne Jugendpolitik. Die "Nicht-Jugendlichen" GRÜNEN - wie soll man sie eigentlich nennen -, registrieren immer deutlicher, daß den GRÜNEN die Jugendlichen weglaufen. Sogar das Wort der "Vergreisung" macht die Runde. Gerade in Wahlkampfzeiten bricht dann plötzlich die große Hektik aus, werden mit Entsetzen die JungwählerInnen-Statistiken gelesen und die ollsten jugend-"politischen" Kamellen ausgekratzt: Feiten (2 h Disco, 10 min Politik), ErstwählerInnenveranstaltung etc.

Eine andere mögliche Reaktion, wenn man GRÜNE auf Jugendpolitik anspricht, besteht darin, daß die eigene Jugend mystifiziert und die heutige mit Schlagwörtern als unpolitisch, orientierungslos und konsumorientiert abgefertigt wird. Die Bandbreite dieser Gummiwörter macht deutlich, wie wenig man es sich erklären kann, daß die Attraktivität der GRÜNEN bei Jugendlichen nachläßt.

Betrachtet man jedoch mal nicht nur Wahlergebnisse, so ist festzustellen, daß zwar DIE GRÜNEN als Partei an Attraktivität verloren haben, grüne Inhalte von vielen Jugendlichen aber vertreten und gelebt werden. Grün-nahe SchülerInnengruppen, selbstverwaltete Jugendzentren, Umweltschutzgruppen, Selbstorganisationen - entstanden aus dem Bedürfnis, eigene Interessen organisiert zu vertreten, sich jedoch keinem Parteiapparat unterzuordnen, auf den man nur wenig Einfluß hat.

Das bestehende "grün-nahe" Potential unter Jugendlichen ist meines Erachtens höher, als das Gejammer über die unpolitische Jugend vermuten läßt. Nur schlägt die allgemeine "Krise der Linken" natürlich auch auf linke Jugendliche um. Das Fehlen gesellschaftlicher Perspektiven ist schließlich nicht nur ein Problem der Jugendlichen, sondern auch der GRÜNEN. Ohne eigene gesellschaftliche Utopie und die Idee der Durchsetzung können DIE GRÜNEN natürlich wenig Anzie-

hungskraft auf die "orientierungslose" Jugend ausüben. Das Problem GRÜNER Jugendpolitik ist das Problem der GRÜNEN Parlamentsfixiertheit, langweiligen Mitgliederversammlungen und unpolitischen Endlosdiskussionen.

II "Grün-nahe"

GRÜNE und grün-nahe Jugendliche haben in den vergangenen Jahren viel über Organisationsstrukturen und wenig über politische Inhalte diskutiert. Die Entwicklungen in diesem Bereich wurden jedenfalls nie langweilig. Die meisten grün-nahen Jugendlichen sehen sich in kritischer Nähe zur Partei und lehnen die Gründung einer GRÜNEN Nachwuchsgruppe ab. Sie wollen sich zwar organisieren, aber nicht vereinnahmen lassen. Und da meistens "Nicht-Jugendliche" GRÜNE die Initiative zur Gründung GRÜNER Nachwuchsgruppen ergreifen, haben diese Jugendlichen auch eine (berechtigte) Furcht, eher auf ein Abstellgleis gestellt, als "gefördert" zu werden.

Neben den Jungdemokraten haben sich GABAs und Network als grün-nahe Jugendstrukturen gebildet, wobei die Übergänge aller drei Strukturen durch Doppel- bis Dreifachmitgliedschaften fließend sind. In Schleswig-Holstein hat sich die GRÜN-Alternative Jugend (GAJ) als erster Parteijugendverband etabliert. Aus West-Berlin kündigt sich in unregelmäßigen Abständen die Gründung einer AL-Jugendstruktur mit neuem, jeweils besserem Konzept an.

III GRÜNE und Jungdemokraten

Das Verhältnis zwischen Jungdemokraten und GRÜNEN ist kein klares und gibt immer wieder Anlaß zu den vielfältigsten Spekulationen. 1987 beschlossen die Jungdemokraten, DIE GRÜNEN als ihren parlamentarischen Ansprechpartner zu betrachten. Dieser Beschluß war zu Beginn nicht unumstritten, nachdem die Jungdemokraten nach ihrer Trennung von

der FDP 1982 ausschließlich außerparlamentarisch gearbeitet hatten. Die Zusammenarbeit zwischen Jungdemokraten und GRÜNEN entwickelt sich regional unterschiedlich. In Rheinland-Pfalz z.B. beschloß auch der GRÜNE Landesverband, die Jungdemokraten als ihren "Ansprechpartner im Schüler- und Jugendbereich" zu betrachten und auf den Aufbau einer eigenen Parteijugendorganisation ausdrücklich zu verzichten.

Schwierigkeiten macht vielen GRÜNEN die Tatsache, daß die Jungdemokraten trotz des Etiketts "grün-nah" gleichzeitig ein parteiunabhängiger Verband sind. Manche GRÜNE denken in dieser Frage nach dem Schema, daß alles was nicht per schriftlicher Mitgliedschaft an DIE GRÜNEN gebunden ist, zum politischen Gegner gehört.

IV Aufgabe der GRÜNEN

Die Aufgabe der GRÜNEN besteht m.E. darin, grün-alternative, selbstorganisierte Jugendstrukturen zu fördern. DIE GRÜNEN müssen akzeptieren, daß viele Jugendliche die "kritische Nähe" zur Partei bevorzugen. Eine grüne Jugendorganisation, von den allerwenigsten Jugendlichen gewollt, würde diese Selbstorganisationen zerstören.

Die Förderung grün-alternativer Jugendstrukturen kann heißen:

- die Arbeit materiell abzusichern, ohne eine Parteiabhängigkeit zu erpressen und organisatorische Hilfestellungen zu geben,

- die inhaltliche Auseinandersetzung mit Vorstellungen und Forderungen grün-alternativer Jugendlicher, nicht in "Jugendforen", sondern im Gesamtplenium.

Patrick Donges

(20 Jahre, Zivildienstleistender, Bundesvorstand Jungdemokraten und Sprecher der GRÜNEN Ludwigshafen)

70 Jahre Jungdemokraten waren für den Verband kein Anlaß für rauschende Jubiläumsfeste. Aber Anlaß für den Mainzer Jungdemokraten Lothar Fuhlrott in Archiven und Bibliotheken in der wechselvollen Geschichte der Jungdemokraten zu stöbern.

Jungdemokraten sind kein Produkt der Nachkriegszeit. Einen "Reichsbund Deutscher Jungdemokraten" gab es bereits 1928, einen "Jungdemokratischen Verband Bayern" sogar schon im August 1922. Die Geschichte dieser Organisation reicht aber noch ein wenig weiter zurück, nämlich in den Sommer 1919, als sich über 100 junge Leute in Berlin trafen, um den "Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugendvereinigungen" zu gründen.

Pünktlichkeit zählt seit jeher nicht zu den jungdemokratischen Tugenden. Auf 9 Uhr vormittags hatte der Tagungsplan die Eröffnung angesetzt; um viertel nach 10 konnte die Versammlung endlich beginnen. Mag sein, daß einigen noch der vorangegangene Abend in den Knochen steckte. Da hatten die Berliner ihre Gäste, "von herrlichem Sommerwetter begünstigt", zu einem "Begrüßungsabend" eingeladen. In den ersten Monaten des Jahres 1919 waren demokratische Jugendvereine rund um die im Dezember 1918 aus der Taufe gehobene deutsche Demokratische Partei wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die einen, geprägt von Jugendbewegung und Kriegserlebnis, fühlten sich um ihre Hoffnung auf einen wirklichen Neubeginn betrogen; wieso begegneten sie in der angeblich so neuen DDP denselben Honoratioren, die sie schon aus der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei des untergegangenen wilhelminischen Reiches kannten? "Von der Jugend aus die Partei erobern" lautete ihre Parole.

Auf der anderen Seite hatte die DDP selbst eine ganze Reihe von Jugendvereinen initiiert oder gegründet, um sich den nötigen und je fügsameren, desto lieberem Nachwuchs zu sichern. Der Geschäftsführende Ausschuß der DDP hatte der Jugend im Januar (angesichts der rasch voranschreitenden Inflation übrigens eher bescheidene) 10.000 Mark bewilligt. Im Mai erklärte er sich "prinzipiell" bereit, den kommenden reichsweiten Jugendbund anzuerken-

nen - vorausgesetzt die Satzung sei der DDP genehm.

An die 60 Vertreter der über das ganze Reich von Königsberg bis München verstreuten Jugendvereine (die meisten nannten sich "Deutsch-demokratischer Jugendverein" oder gar "Jugendverein der Deutschen Demokratischen Partei"; in Bochum, Nordhausen und Lüdenscheid zog man die Bezeichnung "Jungdemokratischer Verein" vor) waren bereits am letzten Aprilwochenende 1919, ebenfalls in Berlin, zusammengekommen; wegen der miserablen Zugverbindungen und den Ereignissen in Bayern glänzte allerdings das Gros der Süddeutschen durch Bwesenheit. Ergebnis der zweitägigen Beratungen war die provisorische Gründung eines "Bundes deutsch-demokratischer Jugendvereine", der eng an die DDP angelehnt sein würde. Dies brachte auch der Entwurf der Satzung zum Ausdruck, wonach (§2) der Bund bezwecke, "sämtliche zur Deutschen Demokratischen Partei gehörenden Jugendvereine organisatorisch zusammenzufassen". Mit der einstweiligen Geschäftsführung wurde der Berliner Verein beauftragt, der Vorsitz dem Berliner Redakteur der Frankfurter Zeitung Max Wießner übertragen und die endgültige Gründung für den Vorabend des 1. DDP-Reichsparteitages verabredet, der Ende Mai in Kassel geplant war.

Tatsächlich fand der Parteitag dann vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin statt, und dort, im Herrenhaus des Preußischen Landtages, war es, wo Wießner am 18. Juli die 104 Delegierten, die immerhin etwa 20.000 Mitglieder vertraten, mit einiger Verspätung begrüßte. Nach der Wahl des "Bureaus" (der Sitzungsleitung) richteten zunächst die DDP-Offiziellen Grußadressen aus: Otto Nuschke, Chefredakteur der Berliner Volkszeitung, für den Geschäftsführenden Ausschuß, Karl Hermann aus Reutlingen für die Nationalversammlungsfraktion und der Abgeordnete Riedel für die Fraktion in der Preußischen Landesversammlung.

Wießner sollte einen Rechenschaftsbericht halten, beschäftigte sich allerdings vorrangig mit anderem: den Forderungen an das DDP-Programm - es müsse, von Naumannschem Geist erfüllt, national und sozial sein; dem gerade unterzeichneten Versailler Vertrag - er sei unsittlich, weil auf Wortbruch aufgebaut; dem Verhältnis zu anderen Parteien - für die demokratische Jugend stehe der Feind rechts.

Sodann ging man unter Umstellung der Tagesordnung zügig zum formalen Gründungsakt über; der Beschluß, den Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugendvereinigungen" zu bilden, wurde einstimmig gefaßt und mit "großer Befriedigung aufgenommen".

Die Fetzen flogen in der Debatte, wo die Altersgrenze anzusetzen sei; dieses auf den ersten Blick so banale Thema bot das Schlachtfeld für die Auseinandersetzungen um das Maß der Autonomie der Jugend im Rahmen der DDP. Pulikat aus dem ostpreußischen Gumbinnen beispielsweise redete einer Obergrenze von 15, maximal 20 Jahren das Wort und erklärte auch deutlich, warum: die demokratische Jugendbewegung sei Nachwuchserziehung für die Partei, und überhaupt habe sich die Jugend der Parteidisziplin zu fügen. Ernst Lemmer (Remscheid) formulierte die Gegenposition, als er 40, wenigstens 30 Jahre verlangte. Die - damals noch nicht offiziell jungsozialistisch geheißene - sozialdemokratische Jugend sei lehrreiches, weil abschreckendes Beispiel: sie sei uniform gehalten und ganz dem Willen der Partei untergeordnet. Schließlich wurde mit knapper Mehrheit der äußerst unbefriedigende Kompromiß angenommen, die Festlegung der Altersgrenze den Ortsvereinen zu überlassen. Er ging eher zu Lasten der "autonomen" Fraktion, schwächte er doch die organisatorische Homogenität des Reichsbundes. Die Unterlegenen, voran die Hamburger und Kölner, drohten denn auch prompt mit Nichtbeitritt zum Reichsbund und verlangten eine Prüfung der Mandate, was zu ihrer großen Erbitterung abgelehnt wurde.

Der politischen Aussprache waren der Rest des Tages sowie der Samstag gewidmet. Beabsichtigt war nicht, ein eigenes Programm zu entwickeln. Man wollte auf der Grundlage zweier von dem später in Hannover tätigen Geographieprofessor Erich Obst aus Breslau und dem kriegsversehrten Studienrat Heinrich Landahl aus Hamburg gehaltenen Referate Stellung zu den Vorstellungen der DDP beziehen. Obst sprach zwei Tage danach auch auf dem Parteitag und zog sich dort den Unwillen des Vorsitzenden Erich Koch-Weser zu; auf der Jugendtagung erregte seine Auffassung, man dürfe keineswegs tatenlos dem freien Spiel der Kräfte in der Wirtschaft zuschauen, weit weniger Anstoß. Sein Liebäugeln mit dem 1919 natürlich sehr brisanten Rätegedanken weckte, zusammen mit der eigenartigen

Idee eines Dreigespanns aus Wirtschafts-, Kultur- und politischem Parlament, zwar den Unmut vor allem der Vertreter Ostpreußens, Kölns und Hamburgs. Ein Antrag jedoch, der schlicht einen "verantwortungsbewußten Wirtschaftsindividualismus" proklamierte, wurde abgelehnt.

Landahl, der im wesentlichen Obst Meinung teilte, tadelte den Kompromißcharakter des Entwurfs des DDP-Vorstandes und verlangte ein Grundsatzpapier à la Erfurter (SPD-)Programm, das von einer Kommission bis zum nächsten Parteitag auszuarbeiten sei. Darin stimmte er mit der großen Mehrheit des Parteitags überein, der genau dies beschloß.

Konsens herrschte, daß Einheitsstaat und Einheitsschule Gebote des neuen demokratischen Zeitalters seien, daß auch die internationalen Beziehungen demokratischen Prinzipien zu gehorchen und Imperialismus und Militarismus abgewirtschaftet hätten und der versailer Frieden kein Rechtsfrieden und folglich revisionsbedürftig sei.

Die Zeit war vorangeschritten, am Nachmittag des 19. Juli begann der Parteitag. Man stritt noch ein Weilchen, mit ähnlichen Motiven und Fronten wie in der Auseinandersetzung um die Altersgrenze, wieviel die Ortsvereine an den Bund abzuführen hätten, und verabschiedete dann die Satzung inklusive des oben erwähnten § 2. Dem vor allem wegen seines Verhaltens bei der Altersfrage heftig attackierten "Bureau" wurde das Vertrauen ausgesprochen und zu guter Letzt eine Kommission mit der Aufgabe betraut, sich um eine Jugendzeitung zu kümmern - zur Wahl standen die bereits existierende "Demokratische Rundschau" sowie der projektierte "Junge Demokrat". Ein Vorstand wurde nicht gewählt; Max Wießner blieb ohne weitere Debatte und Abstimmung in seinem Amt.

Triumphiert hatte also, zumindest vorläufig, der parteifromme Flügel; nicht zufällig gehörte Wießner dem Geschäftsführenden Ausschuß der DDP an. Zur Belohnung schrieb die vom Parteitag verabschiedete Satzung ausdrücklich fest, daß auch "nicht-örtliche" Vereinigungen (wie z. B. der Frauenausschuß, der Arbeitsnehmersausschuß und eben auch der Jugendbund) als Parteiorganisation anerkannt werden könnten. 11 Delegierte durfte die Jugend zum Parteitag entsenden, einen je 2000 Mitglieder ...

Lothar Fuhlrott

Spendet

"Der Sinn der Strafe soll der Freiheits- nicht der Informationsentzug sein", sagt Susanne Boehnke, Geschäftsführerin des Vereins "Freiabo für Gefangene e. V.". Doch die Informationsmöglichkeiten sind für Gefangene eher schlecht. Nach Bundesländern und einzelnen Gefängnissen unterschiedlich stehen Radio oder Fernsehen meist nur in Gruppenräumen und zu bestimmter Zeiten bereit. Gefängnisbibliotheken sind in den seltensten Fällen gut ausgestattet und erreichbar.

450000 DM hat der Verein dafür seit 1985 ausgegeben um Zeitungen und Verlage zu preiswerten Abos für Gefangene zu bewegen, Spenden zu sammeln und Abos zu vermitteln. Vermittelt werden vor allem Tages- und Wochenzeitungen, von der taz bis zur ZEIT, aber auch Zeitschriften wie konkret oder der Rosa Flieder sowie Fachzeitschriften zur Weiterbildung.

Für viele waren Zeitungen und Zeitschriften nicht nur Zeitvertreib und Informationsquelle über das Geschehen draußen, sondern oft auch Vermittler von Wohnung und Arbeitsplatz für die Zeit nach der Entlassung.

Obwohl solche Informationen in tendenz selten zu finden sind, haben wir dem Verein Freiabos zur Vermittlung angeboten. Wer, und das sollen ja nicht wenige Jungdemokraten sein, den Gefangenen eine bessere Lektüre wünscht, sollte den kleinen 15köpfigen Verein mit einer Spende unterstützen.



VIEL ZEIT UND WENIG ZEITUNG

DENKT AN DIE LEUTE IM KNAST,
SPENDET FREIABOS!

Jede Zeitungsspende ist steuerlich absetzbar!
Spenden Sie bitte auf das Konto:

Freiabonnements für Gefangene e.V. (gemeinnützig)
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00,
Konto-Nummer 26 011 604, Kennwort: taz.

Wenn Sie eine Zeitung spenden wollen, nennen Sie bitte ein Kennwort. Bitte Absender nicht vergessen (für die Spenden-Quittung).

FREIABONNEMENTS FÜR GEFANGENE E.V., DOMINICUSSTR. 3, 1000 BERLIN 62, TEL. 0 30/784 75 96

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Kennwort/Zeitung _____

KontoinhaberIn (Adresse) _____

Bank _____

Konto-Nummer _____

Bankleitzahl _____

Ich gestatte dem Verein Freibonnements für Gefangene e.V., DM monatlich von meinem Konto abzubuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe

Datum, Unterschrift _____

Knastabos!